

F. Lenin sagt: "Ich bin Staat, ich  
bin die Revolution" - was bedeutet das?  
Das ist die Frage - was bedeutet das?  
Das ist die Frage - was bedeutet das?

Verein zur Förderung  
einer  
**ROSA-LUXEMBURG-  
STIFTUNG**

freies  
ist  
= mit

Freiheit ist  
keine Freiheit  
sondern Freiheit  
des Menschen

Freiheit ist nicht  
die Freiheit der Regierung  
sondern die Freiheit  
des Menschen  
die Freiheit des Menschen  
ist die Freiheit des Menschen  
die Freiheit des Menschen  
ist die Freiheit des Menschen  
die Freiheit des Menschen  
ist die Freiheit des Menschen  
die Freiheit des Menschen  
ist die Freiheit des Menschen  
die Freiheit des Menschen  
ist die Freiheit des Menschen

seiner eigenen Partei  
dies zu tun habe  
durch den Weg  
Quelle der Politik  
steigen in der Zukunft  
Der aber müsste  
dass Erfolg in der  
Macht der der Partei  
höchsten Grad einer  
aus überflüssig und  
Wohlbehaltener  
Hilfen aufgeben

**Verein zur Förderung einer**

**Rosa-Luxemburg-Stiftung**

**Mitteilungen**

**4**

**Leipzig 1991**

Verein zur Förderung  
einer  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Rosa-Luxemburg-Straße 19-21  
O-7010 Leipzig

Redaktion und Herstellung:  
Giesela und Manfred Neuhaus, Hans Rossmanit und Bärbel Wetzcl

Das Faksimile aus Rosa Luxemburgs "Zur russischen Revolution" (Blatt 100) ist der von Annelies Laschitzka besorgten Edition "Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts 'Zur russischen Revolution' und andere Quellen zur Polemik mit Lenin", Dietz Verlag Berlin 1990, S. 152 entnommen.

## INHALTSVERZEICHNIS

**FRANK SCHUMANN**

**Der Wilde Osten**

**oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald  
lauter klirren als etwa die in Neumünster**

**S. 3**

**MANFRED BEHREND**

**Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus  
im Anschlußgebiet**

**S. 11**

**WILFRIED SCHUBARTH**

**Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen  
in den neuen Bundesländern**

**S. 20**

**Nächste Veranstaltungen**

**S. 32**

**Informationen des Vorstands**

**S. 33**



DER WILDE OSTEN  
ODER:  
WARUM SCHEIBEN IN HOYERSWERDA IM DEUTSCHEN BLÄTTERWALD  
LAUTER KLIRREN ALS ETWA DIE IN NEUMÜNSTER

von Frank Schumann\*

Die öffentliche Meinung ist die veröffentlichte Meinung. Das Bild, das sich in unseren Köpfen von der Wirklichkeit formt, hat BILD zuvor gezeichnet. Oder andere Blätter und das Fernsehen. Was dort nicht stattgefunden hat, hat sich darum auch nicht zugetragen. Selbst überdurchschnittliche Aufmerksamkeit des Zeitgenossen für verschiedene Medien schützt vor Ausblendungen nicht: Der Amazonas der Informationen ist derart breit, daß man nicht jedes treibende Stück noch gesondert wahrnimmt. Alles fließt gleichförmig vorüber, die Farbe des (Nachrichten-)Flusses ist stets gleich. (Wer fand beispielsweise noch die Mitteilung, daß sich am Tage der Ausschreitungen in Hoyerswerda eine Initiative "Blumen statt Knüppel" dort formierte und Solidarität mit den angegriffenen Ausländern bekundete?)

Was sehen und lesen und wissen wir also über den Rechtsextremismus in Deutschland? Er existiert gegenwärtig offenbar ausschließlich im Osten – im Westen des Vaterlandes hingegen herrschen Friede und Eintracht. Vierzig Jahre Demokratie zeigen eben Wirkung, suggeriert dieses Bild. Nationalismus, Fremdenfurcht und Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus kommen bestenfalls noch in Lexika vor, nicht aber im realen Leben. Selbst Gremien, die es besser wissen müßten – etwa der Frankfurter Flüchtlingsbeirat –, geben zweifelhafte Deutungen ab: Der Rassismus in Ostdeutschland erreiche inzwischen das Ausmaß einer "Menschenjagd mit Volksfestcharakter", in Westdeutschland dagegen gehe die Gewalt gegen Ausländer eher von anonymen Einzeltätern aus.

Treiben die Westjournalisten (und ihre unterbezahlten Ostkollegen in den gekauften Ostredaktionen) wirklich nur Sensationsgier und der Drang, den Landsleuten im Westen

---

\* Frank Schumann (Jg. 1951), Diplomjournalist, z.Z. tätig als Chefreporter bei der überregionalen Tageszeitung "Junge Welt". Beschäftigt sich mit dem Thema seit Mitte der 80er Jahre. Seine Untersuchung "Glatzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR" konnte erst nach der politischen Wende Anfang 1990 erscheinen; es ist zu beziehen über VAH Jäger Verlagsauslieferung GmbH, Lützowstr. 105/106, W-1000 Berlin 30.

Aufklärung über den wilden Osten zuteil werden zu lassen, vor Asylantenheime und in Fußballstadien? Warum findet eine Horde Glatzköpfe in Cottbus mehr mediale Aufmerksamkeit als eine gleichartige Gruppe in Minden? Hat sich schon jemals in der bundesdeutschen Geschichte ein Bundestag zu einer aktuellen Fragestunde versammelt, um Probleme des Rechtsextremismus und des Fremdenhasses zu erörtern – bevor er dieses am 25. September '91 tat, weil am Wochenende zuvor in einigen sächsischen Kommunen Fensterscheiben von Ausländerwohnheimen geklirrt hatten? Fragen solcher Art drängen sich auf, wenn man berechnete Zweifel hegt, ob die rechtsextremistischen Auswüchse im Osten jene im Westen tatsächlich an Häufigkeit und Brutalität übertreffen, wie es uns Medien und Politiker glauben machen wollen.

Es ist unbestritten: Jede unerträgliche extremistische Attacke ist mindestens eine zuviel. Nichts soll hier schöneredet werden. Aber verschwiegen werden soll auch nicht der Verdacht, daß Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit im Osten instrumentalisiert werden. Die Statistik gegen Ende September '91 wies beispielsweise aus, daß es in den verflossenen neun Monaten 58 Brandanschläge auf Behausungen von Ausländern in Deutschland gegeben hat – in 42 Fällen jedoch loderten die Flammen in einem in Westdeutschland gelegenen Asyl.

Wofür oder wogegen läßt sich der Verweis von jenseits des Rheins auf die östliche Situation zur Argumentationskrücke machen, wem nutzt das publizistische Geschrei von der neuen Gefahr aus dem Osten? Was treibt Politiker querbeet durchs Parteienspektrum zu Äußerungen, die eine rasche Lösung des Problems verheißen, obgleich jedem vernünftig denkenden Menschen die Unmöglichkeit eines solchen Unterfangens bewußt ist?

Vermutlich motiviert sie alle zunächst Peinlichkeit. Es ist Politikern peinlich, daß es ausgerechnet im deutschen Zimmer in diesem europäischen Haus unangenehm laut geworden ist – wo es doch dort besonders sauber und gesittet zugehen sollte. Zumindest hatte man solches den Nachbarn vorm 3. Oktober 1990 auffällig laut und eifrig versichert, nachdem diese auf unangenehme gemeinsame Erinnerungen verwiesen hatten. Da sich der peinliche Rabatz schon nicht unter den Teppich kehren läßt, versucht man das Unangenehme eben auf den Balkon zu verdrängen nach der Devise: Das gehört zwar in gewisser Weise irgendwie zu uns, aber eigentlich auch nicht, denn sieht – das deutsche Wohnzimmer ist nach wie vor rein, die Zierdeckchen liegen unverrückt auf dem Plüschsofa, und Adolf, das Hündchen, ruht brav in der Ecke.

Ein anderes Moment, das die bemerkenswerte Ostfixierung erklärt, ist mehr praktischer Natur. Nicht zufällig wird der Verweis auf das – vermeintlich oder tatsächlich – angewachsene rechtsextremistische Potential in den neuen Bundesländern mit der Forderung nach Auf- und Ausbau des Pressionsapparates verbunden. Vor Jahresfrist stießen Vor-

schläge nach Etablierung des Verfassungsschutzes im Osten auf Widerstand in der Bevölkerung. Die DDR-Bürger verfügten über einschlägige Erfahrungen mit ihrem Sicherheitsapparat und forderten darum nicht grundlos während der Wende "Stasi in die Produktion". Auch wenn sie gewiß nicht ein Gleichheitszeichen setzten zwischen ost- und westdeutschen Verfassungsbeschützern, so waren und sind ihnen Vertreter beider Firmen höchst suspekt. Inzwischen ist die Erkenntnis zum Gemeingut geworden, daß Geheimdienste den Drang zum Eigenleben haben, eine vollständige Kontrolle durch die Politik ist Illusion. Und darum also regte sich Protest, als die Absicht publik wurde, Bonn wolle so rasch wie möglich die Einrichtung von Verfassungsschutzbehörden im Osten. Der Widerspruch aber ist inzwischen fast verstummt - der permanente Verweis auf die notwendige Kontrolle und Beherrschung rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Potentiale zeigt Wirkung. Jede Schlagzeile ist ein stützendes Argument. Brandenburgs Innenminister Ziel beispielsweise kündigte nach Hoyerswerda umgehend die Aufstellung von zwei zusätzlichen Hundertschaften Polizei an, die neue Polizeistruktur (?) solle nicht erst am 1.1.1992, sondern schon am 1.11.1991 wirksam werden. Man werde im Innenministerium ein "Lagezentrum" schaffen und dafür ehemalige Polizisten aus dem Vorruhestand zurückholen, zudem werden "die 32 Millionen Mark des Finanzministeriums für die Polizeistärkung forciert eingesetzt". Außerdem würden mobile Bereitschaften der Polizei gebildet, "um Angriffe auf Ausländer bereits im Vorfeld zu vereiteln". Na endlich wird entschlossen gehandelt, sagt sich der brave Ostmann auf der Straße und zieht sich hinter seine Gardine zurück.

Aber: Nach Erkenntnissen des Gemeinsamen Landeskriminalamtes (GLKA) in Ostberlin waren im Sommer '91 die rechtsextremistischen Potentiale nicht größer als vor Jahresfrist. Nach wie vor zählte man etwa anderthalb- bis zweitausend Aktivisten in der ostdeutschen Szene und einige zehntausend Sympathisanten. Quantitative Veränderungen hatte es nicht gegeben, wohl aber qualitative: Die Brutalität hatte zugenommen und die Schwelle war abgesenkt worden, hinter der man zuzuschlagen begann.

Auf der anderen Seite standen durchaus genügend Ordnungshüter. (Die lächerlich geringe Zahl, welche während der Vorgänge in Hoyerswerda durch die Medien wehklagend bekanntgegeben wurde - 14 Polizisten auf 70 000 Einwohner -, scheint dem zu widersprechen und paßt darum bestens ins Bild des unbefriedeten Ostens.) In Wahrheit mangelt es einzig an Motivation und Unterstützung. Untersuchungen des GLKA ergaben nämlich, daß jeder dritte Polizist sich überfordert und hilflos fühlt, daß er schlicht Angst hat. Ein weiteres Drittel reflektiert die Situation mit Wut und Zorn, man glaubt sich von den Politikern allcingelassen und meint, die von ihnen eingebrockte Suppe auslöffeln zu müssen. So unbegründet ist dieses Gefühl ja wohl nicht.



Und drittens schließlich sind die Schlagzeilen aus dem Osten Begleitmusik zur Asylrechtsdiskussion. Den Menschen suggeriert man den Eindruck, als ließe sich der Zustrom der Hungernden aus Osteuropa, Fern- und Nahost und anderen Teilen der Welt dadurch mindern, daß man das Grundgesetz ändere oder schneller den Antrag auf Asyl prüfe, um rascher abschieben zu können. Zu Recht warf der ehemalige Bundesverfassungsrichter Helmut Simon maßgeblichen Politikern in der Bundesrepublik Ende September '91 Verantwortungslosigkeit vor. Sie erweckten den Eindruck, als könne man mit der Änderung des Asylrechts sämtliche Probleme bewältigen, die im Zusammenhang mit den weltweiten Flüchtlingsbewegungen entstanden seien. Man würde – so der Jurist Simon – die Ängste in der Bevölkerung ausnutzen und durch falsche Informationen schüren. Anstelle einer Asylrechtsdebatte benötige die Bundesrepublik eine Gesamtkonzeption des Ausländer- und Flüchtlingsrechts.

Auch die deutsche Wirtschaft signalisierte Besorgnis wegen solcher Diskussion, denn Ausländer seien für den "reibungsfreien volkswirtschaftlichen Ablauf unersetzlich" (Heinz-Adolf Hörsken, Geschäftsführender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft), wobei man diese Aussage auch so deuten kann: Die BRD-Wirtschaft braucht die Billiglohn-Arbeiter für bessere Profite. Denn wie Untersuchungen ergaben, üben mehr als 60 Prozent der arbeitenden Nichtdeutschen in den alten Bundesländern Anlernertätigkeiten aus, jeder zweite von ihnen verrichtet körperlich schwere und schmutzige Arbeit. Insofern ist die Aussage von jedem zweiten Unternehmen (exakt 54 Prozent) gewiß zutreffend, ohne die in meist unterbezahlten Arbeitsverhältnissen stehenden Ausländer müßten sie ihre Produktion ganz oder zumindest teilweise lahmlegen. Und das, obgleich nur 12 Prozent der in Industrie und Baugewerbe beschäftigten Arbeitnehmer Ausländer sind. Darüber sollte man einmal nachsinnen...

Was aber hat dies alles mit Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland zu tun, wo – trotz der für alle Bundesländer festgelegten Quotierung – der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung nicht einmal lächerliche zwei Prozent erreicht?

Es ist kein Geheimnis mehr, daß es sich bei den von führenden Politikern in beiden Deutschländern vor deren Vereinigung gemachten Prophezeiungen (keinem DDR-Bürger wird es schlechter gehen – im Gegenteil) um vorsätzliche Lügen handelte. Jedem halbwegs in ökonomischen Fragen bewanderten Menschen war klar, daß es zu verheerenden wirtschaftlichen Folgen kommen mußte, wenn die DDR durch die Einführung der D-Mark über Nacht der kapitalistisch verfaßten Weltwirtschaft ausgesetzt sein würde. Und genau so ist es auch gekommen. Die bislang auf dem Westmarkt zu Dumping-Preisen gehandelten DDR-Produkte (die DDR war hinsichtlich ihres Lohnniveaus aus der Sicht der Westhandelspartner ein Drittweltstaat) wurden plötzlich teurer, aber darum nicht besser – also

blieben die Hersteller darauf sitzen. Die Handelspartner im Osten hingegen stornierten ihre Aufträge, weil sie nicht über die Devisen verfügten, mit denen nunmehr die DDR-Waren bezahlt werden mußten. Der Osthandel – das zweite Standbein der DDR-Wirtschaft – brach vollständig weg, ohne daß man sich vorher Gedanken gemacht hatte, wie diese Entwicklungen durch politische Lösungen vermieden werden konnten. Der wirtschaftliche Zusammenbruch mit extremer Arbeitslosigkeit im Gefolge führte zu gewaltigen Belastungen des BRD-Haushaltes. Zu den Aufwendungen für Rekonstruktion und Sanierung der Wirtschaft und der Infrastruktur im Osten, den Ausgaben für Wohnungsbau und Stadterneuerung kommen nun noch gigantische Mittel zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Damit ist selbst die reiche Bundesrepublik überfordert, es wird notgedrungen zu einer gesamtdeutschen Krise kommen. Indem man aber prophylaktisch in der Propaganda auf den vermeintlich Schuldigen hinweist (die undankbaren Ostler mit ihren maßlosen Forderungen sollen erst mal arbeiten und sich bescheiden !) und Nebenschauplätze schafft, lenkt man von eigenem Versagen ab. Nicht grundlos wiesen deshalb westdeutsche Flüchtlingsinitiativen in Erklärungen darauf hin, daß die "erschreckend rassistische Haltung" weiter Teile der ostdeutschen Bevölkerung nicht nur Erbe des SED-Regimes, sondern zunehmend auch Folge der "unseligen" Asylrechtsdiskussion und der "flüchtlingsfeindlichen" Äußerungen vieler Politiker und in den Medien wäre.

Andererseits – immer noch die Stichworte Rechtsextremismus und Ausländerhaß im Hinterkopf – bricht im Osten Enttäuschung über nicht eingelöste Versprechen durch. Vielen Ostdeutschen geht es eher schlechter denn besser als früher. Und selbst jene, die materiell besser gestellt sind, bedrückt existentielle Verunsicherung und die Art des Anschlusses. Die Hoffnung, vom Deutschen 2. Klasse zum Deutschen 1. Klasse befördert zu werden, erfüllte sich nicht. Man trat nicht ebenbürtig der Bundesrepublik bei, sondern wurde von dieser kolonisiert. Der Umgang der Westdeutschen mit den Ostdeutschen ist – in der Regel – anmaßend und rechthaberisch. Mit der Geste des Siegers wird sogar das letzte verbliebene Eigene genommen: das Selbstbewußtsein. Wer in der DDR nur gelebt und sich nicht aufgelehnt hat, ist ein stalinistisches Schwein, das sich gefälligst mit der Nase in den Staub zu werfen habe. Die Zeiten sind vergessen, als Bonner Politiker Schlange standen, um einen Fototermin bei Honecker zu bekommen. Der Ostdeutsche hat keine Meinung zu haben, die der offiziellen widerspricht, er hat alles gut zu finden, was mit ihm geschieht, und alles zu vergessen, was sich mit DDR – dem Unrechtsstaat! – verbindet. Er hat seine Erfahrungen, seine Leistungen, seine Biographie auszulöschen. (Der Versuch, Arbeitsjahre in bestimmten Berufen nicht anzuerkennen, hatte nur vordergründig etwas mit Geld zu tun.)

Angesichts dieser permanenten Demütigung und der Enttäuschung über nichteingelöste Wahlversprechen, wegen der komplizierter gewordenen gesellschaftlichen und der eigenen Situation, wegen des Verlustes eines alten Wertesystems und dem Fehlen eines neuen braucht der einfach strukturierte Mensch Ventile und Regulative, um Frust abzureagieren. Er sucht Menschen, die auf der sozialen Stufenleiter noch unter ihm rangieren, er sucht nach einfachen Lösungen, um der schwierigen Lage beizukommen. Der Faustschlag ist mitunter der Schwertstreich, mit dem man den gordischen Knoten zu lösen glaubt. Und weshalb sollte der Einzelne nicht auf seiner Ebene die Methode praktizieren, die das Grundprinzip der Marktwirtschaft ist: der Stärkere, der Potentere setzt sich durch?

Eine in diesem Jahr unter Berliner Jugendlichen vorgenommene repräsentative Untersuchung ergab, daß fast jeder Zehnte meinte, Deutschland brauche einen Führer und eine Partei, die mit starker Hand regiere, jeder Zwanzigste würde es begrüßen, wenn eine neue nationalsozialistische Partei das Heft des Handelns in die Hand nähme. Autoritäre Unterwürfigkeit und die Hoffnung auf eine elitäre Führungskraft sind nicht nur Nachwirkungen des Lebens unter einer Diktatur, sondern auch Ausdruck der Hilflosigkeit, mit der aktuellen Situation umzugehen.

Die Situation ist, wie sie ist. Sie läßt sich nicht schönfärben und durch punktuelle Maßnahmen beheben. Politiker pflegen in Legislaturperioden zu denken, sie brauchen sichtbare Erfolge wegen der Stimmen, die sie bei der nächsten Wahl haben wollen. Die Menschen sind undankbar und rächen sich an diesem einzigen Tag in vier Jahren, wo sie mittels Stimmabgabe direkt Einfluß nehmen können auf die Politik. Ansonsten regiert die gleiche Ohnmacht, die den Ostdeutschen aus DDR-Tagen vertraut ist. Und darum gibt es beim Wahlvolk mitunter kurzschlüssige Entscheidungen – nicht Ehrlichkeit und Realismus werden honoriert (der ist mitunter unbequem), sondern sichtbare Resultate. Bekanntlich votierten die DDR-Deutschen für jene Parteien, die den kürzesten Weg zur deutschen Einheit versprachen – vermutlich erhalten darum jene politischen Kräfte Zuspruch, die am raschesten das Problem Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu beheben versprechen. Das bringt Politiker unter Zugzwang und nötigt zu Äußerungen und Handlungen, die vermeintlich zu umgehender Besserung führen.

Nicht ein Hungernder von den Milliarden in der Welt aber wird sich durch papierne Gesetze abhalten lassen, in den reichen, satten Norden, nach Westeuropa, in die Bundesrepublik Deutschland aufzubrechen in der Hoffnung, dort etwas zu essen zu finden. Solange nicht im globalen Maßstab gedacht und gehandelt wird, solange nicht ernsthaft begonnen wird, Gerechtigkeit in die Weltwirtschaft einzubringen – solange werden ganze Völker in die dann in der Tat überforderten reichen Länder ziehen. Die Grenzen zu schließen, das Asylrecht zu verschärfen, dem Ruf der Rechten "Ausländer raus!" nachzugeben wie in

Hoyerswerda, löst das Problem nicht. Es sei denn, man glaubt ernsthaft, den Kopfschmerz beseitigen zu können dadurch, daß man sich das Haupt abschlägt.

Zwei Wege müssen beschritten werden, und diese sind lang und mit Einschränkungen verbunden, weshalb Zweifel angebracht sind, daß Politiker, die 1994 wieder gewählt werden wollen, diese auch vorschlagen werden zu gehen.

Zum einen muß Westeuropa, muß die BRD für die Länder der Dritten Welt (eingeschlossen Osteuropa) entschieden mehr tun als bislang. Deutschland zahlt nicht einmal die lächerlichen 0,7 Prozent seines Bruttosozialproduktes als Entwicklungshilfe, wozu es sich in der UNO verpflichtet hat. Dies setzt natürlich Abstriche an bestimmten innerdeutschen Ausgaben voraus.

Zum anderen müssen die Deutschen und die Fremden miteinander leben lernen. Das erfordert jedoch deren körperliche Anwesenheit und deren Integration – die in Deutschland traditionellen Ghettos bewirken eher das Gegenteil. (Im übrigen dürfte ein Wohnblock mit 150 deutschen Bauarbeitern ähnlich verheerende Wirkung in der Nachbarschaft zeitigen wie ein von Ausländern bewohnter.) Miteinander leben lernen schließt wechselseitige Aufklärung über die anderen ein, es bedarf der geistigen wie technischen Vorbereitung, der Begleitung des langwierigen Prozesses in der Öffentlichkeit durch Medien, Schule, Kultur, Politik etc. Toleranz und Verständnis füreinander wachsen nicht durch Postulate, sondern durch gelbte Erfahrungen. Dazu bedarf es Jahre und Jahrzehnte.

Nur so verschwindet auch sukzessive der Boden für den Rechtsextremismus. Wir werden noch geraume Zeit mit rechtsradikalen Ideen leben müssen, in jeder Demokratie ist eine derartige Geistesströmung vorhanden – aber sie kann politisch nicht relevant werden und Zuspruch erhalten, wenn die Gesellschaftspolitik befriedigende Lösungen bzw. Lösungswege auch für heikle Probleme anbietet. Die nationale Frage und das Ausländerproblem – dies haben wir offenbar schon wieder vergessen – wurde auf den Leipziger Montagsdemonstrationen zuerst von rechten Gruppierungen thematisiert. (Der Ehrlichkeit halber muß hinzugefügt werden: Die kamen mehrheitlich aus dem Westen.) Und es waren Rechte, die vor die ostdeutschen Schultore zogen und in ihrem Sinne agitierten, ehe andere Parteien nachklapperten.

Hier liegt die eigentliche Gefahr. Nicht der Zuspruch zu den ausgewiesenen rechtsradikalen, rechtsextremen Vereinigungen, ihre Akzeptanz durch die berühmte schweigende Mehrheit, gefährdet die Demokratie. Es ist vielmehr die schleichende Einflußnahme auf die etablierten Parteien. Argumentationen und Schlagworte stechen sich in Äußerungen, sie werden Gemeingut, verändern Sprache und Denken eines Volkes. Namhafte Politiker redeten jüngst vor Fernsehkameras erschreckend unbedarft über die Etablierung von "Sammellagern", ohne daß ihnen die Schamröte wegen der Benutzung dieses in deutscher

Vergangenheit mehr als belasteten Begriffes ins Gesicht gestiegen ist. Ein Berliner Kommunalpolitiker von der CDU genierte sich nicht, die Umbenennung der nach dem Juden Herbert Baum benannten Straße mit dem Verweis zu fordern, der habe schließlich im KZ den roten Winkel getragen. Stoiber (CSU) warnte vor einer "durchrassten Gesellschaft" und Jenninger (CDU) schwadronierte vom Rednerpult des Bundestages vom Faszinismus Faschismus... Nicht nur der Wunsch, am rechten Wählerrand Stimmen zu erheischen, provoziert normalerweise integere Leute zu derartigen Entgleisungen. Es ist auch das Resultat des Vergessens und Verdrängens, einer niedrigeren Hemmschwelle – und weil das Vokabular rechter Gruppierungen in die Öffentlichkeit eingeführt ist. Statt es zu bekämpfen, wird es – unbewußt oder vorsätzlich – in den eigenen Sprachgebrauch aufgenommen.

Quo vadis Deutschland? Ich glaube nicht an einen von Hoyerswerda ausgehenden Flächenbrand und an das Entstehen eines 4. Reiches. Es gibt im deutschen Bewußtsein eine antifaschistische, antimilitaristische, antiautoritäre Tiefenströmung, die dominant ist. Indizien fanden sich bei der Reaktion auf den Golfkrieg, als die NATO-Partner die Deutschen Feiglinge schalten; sie wird auch verhindern, daß Befürworter einer militärischen Intervention unter deutscher Beteiligung in Jugoslawien Mehrheiten zustandebekommen. Sie finden sich auch in Untersuchungen wie etwa jener Studie, die ein interdisziplinäres Forscherteam 1991 in Berlin erstellte. Jeder zehnte Jugendliche gab an, der rechtsradikalen/rechtsextremen Szene anzugehören bzw. stark mit dieser zu sympathisieren. Doch dieser Gruppe standen 60 Prozent gegenüber, die sich zur Notwendigkeit des Antifaschismus bekannten.

## URSACHEN FÜR ENTSTEHUNG UND AUFTRIEB DES RECHTSEXTREMISMUS IM ANSCHLUSSGEBIET

von Manfred Behrend\*

Entgegen den großen Verharmlosern der Lage, zu denen sich auch Sachsens Ministerpräsident Biedenkopf gesellte, nimmt der Bundesverfassungsschutz das rechtsextreme Potential im Anschlußgebiet, der früheren DDR, inzwischen ernst. Im Extremismusbericht für 1990 konstatierte er, es wachse an und sei zahlreicher und gewalttätiger als das der alten BRD. Ungachtet der falschen hieran geknüpften Schlußfolgerung, alle fünf neuen Länder brauchten einen Verfassungsschutz, trifft diese Situationsanalyse durchaus zu. Die flächendeckenden Anschläge auf Ausländer und deren Heime seit der Pogromwoche von Hoyerswerda im September 1991 erweisen, daß es sich dabei inzwischen um eine gesamtdeutsche Erscheinung handelt.

Fragen nach den Ursachen für Entstehung und Entwicklung des rechten Extremismus in Ostdeutschland werden aus politisch-taktischen Erwägungen oft widerspruchsvoll und bruchstückhaft beantwortet. So bestritt lange Zeit über die DDR-Politbürokratie, daß es dergleichen in ihrem Machtbereich gebe und geben könne. Später behauptete sie, es schwappe vom Westen herüber. Staatstragende Kreise der Alt-BRD und ihre östlichen Gefolgsleute machen hingegen fast ausschließlich SED und Stasi für die Neonazis in Ostdeutschland verantwortlich. Wegen ihrer Einseitigkeit sind beide genannten Versionen falsch. In der Tat verhalten sich die Rechtsextremisten, ihren historischen Vorläufern darin gleich, den politischen Interessen des Groß- und Monopolkapitals entsprechend. Doch hat die DDR-Bürokratie ein gerüttelt Maß Schuld daran, daß rechter Extremismus in ihrem Bereich jahrzehntlang begünstigt wurde. Andererseits duldet und förderte das Etablissement der alten BRD nicht nur Neonazismus und Nationalismus im eigenen Land, sondern auch deren Wirken nach Osten. Mit ihrer Politik des Kahlschlags und der Demütigung von Millionen ehemaliger DDR-Bürger tragen heute die kapitalistischen "Sieger der Geschichte" die Hauptverantwortung dafür, daß sich der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern überproportional ausbreitet und immer aggressiver wird.

---

\* Dr. Manfred Behrend, Jg. 1930, war bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Internationale Politik. Forschungsgebiete Konservatismus und Rechtsextremismus/Neofaschismus. Publiizierte neben mehreren Studien u.a.: Die Republikaner. Neue Rechte oder 1000 Jahre und kein Ende. Leipzig-Jena-Berlin 1990.

Anknüpfend an Aussagen wesentlich von Neofaschismusexperten der Ex-DDR, auch eigene Arbeiten<sup>1</sup>, möchte ich die Ursachen und Beweggründe für Aufkommen und Evolution der ultrareaktionären Strömung wie folgt zusammenfassen:

1. Der Umgestaltungsprozeß nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR war durch Tendenzen gekennzeichnet, die einander widersprachen. Anders als in den deutschen Westzonen wurden durch Enteignung der Kriegsverbrecherkonzerne und Junker sozioökonomische Wurzeln des Faschismus und Militarismus gerodet, durch die Säuberung des Staats- und Justizapparats von Nazis, Verfolgung der NS-Verbrecher und tiefgreifende Reformen u. a. im Bildungswesen die Voraussetzungen für eine radikal-demokratische und sozialistische Entwicklung geschaffen. Mit der Übernahme sowjetisch-stalinistischer Unterdrückungsmethoden, dem Auf- und Ausbau einer eigenen Staats- und Parteinbürokratie und deren unheilvollem Wirken sind Ansätze zu weiterem Fortschritt jedoch weithin zunichte gemacht worden. Aus vorgeblichem Volkseigentum wurde bloßer Staatsbesitz, den niemandem verantwortliche Apparatschiks verwalteten und mißbrauchten. Spitzenpolitiker entwickelten sich zu einer neuen Feudalherrnkaste. Die Parteien und Massenorganisationen, voran die SED, sahen sich zu Jasagervereinen degradiert. Auch Volksvertretungen und Medien wurden gleichgeschaltet. Der vielen Gegensätzlichkeiten innerhalb des Systems wegen gab es nach wie vor Möglichkeiten zu partieller Gegenwehr. Doch wurden progressive Kräfte in ihrer Entfaltung behindert und die Abwehrfähigkeit des Staates gegenüber äußeren und inneren Feinden, so des Rechtsextremismus, erheblich geschwächt.

---

1. Zur Problematik u. a. Konrad Weiß: Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. In: Kontext (Hrsg. Evangelische Bekenntnisgemeinde Berlin-Treptow), 8.3.1989; Margitta Fahr: Skinextreme Randgruppe oder soziale Erscheinung mit qualitativ steigender Dimension? In: Antifa-Infoblatt. Berlin, 1.7.1989; Manfred Behrend: Rechtsextremismus und Neofaschismus in der DDR - eine verharmloste Gefahr. In: Der antifaschistische Widerstandskämpfer. Berlin, H. 12/1989; Ders.: Rechtsextremismus in der DDR: Anerkannte antifaschistische Traditionen - negative Wirkung Stalinscher Strukturen. In: antiFa. Berlin, H. 1/1990; Ders.: Rechtsextremismus und Neofaschismus heute. In: iPW-Berichte. Berlin, H. 9/1990; Neofaschisten und Rechtsradikale - wer sie sind und wie sie auftreten. Dokumentation einer Arbeitsgruppe zur Bekämpfung rechtsradikal motivierter Kriminalität und Selbstjustiz der Hauptabteilung Kriminalpolizei des Ministeriums für Innere Angelegenheiten. In: Neues Deutschland, 3.1.1990; Loni Niederländer: Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR. In: Neue Justiz. Berlin, H. 1/1990; Norbert Madloch: Fakten und Thesen zum Rechtsextremismus in der DDR nach der Wende vom Herbst 1989. Manuskriptdruck. Berlin, Mai 1990; Nazis in der DDR. In: Antifaschistisches Infoblatt. Berlin(West), Nr. 11, Mai/Juni 1990; Hermann Langer: Rechtsextremismus von Jugendlichen in der DDR. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Hamburg, H. 1/1991; Heinz Engelstädter: Der Aufbruch neofaschistischer Gruppen in der früheren DDR. In: 1999, H. 2/1991.

2. Staatspolitik und Bildungswesen der DDR nahmen – besonders unter Honecker – formal-hierarchische Züge an. Von der Reglementierung aller gesellschaftlichen Aktivitäten bis zu pomphaften, zugleich aber inhaltsleeren Massenmanifestationen und zum Führerkult wurden stalinistische Muster, aber auch Muster aus Deutschlands reaktionärer Vergangenheit übernommen. Die Chance, kritisch denkende und zu selbständigem Handeln fähige Menschen heranzubilden, ist weithin vertan und vielmehr Unselbständigkeit produziert worden. Die in Schulklassen dargebotene Geschichte gedieh zum blutleeren, unüberzeugenden Klischee. Aus der antifaschistischen Streitkultur der ersten Nachkriegsjahre wurden bloße Rituale. Es kam zu keiner echten Auseinandersetzung mit dem Nazismus, dessen Trägern, Mitläufern und teilweisen Attraktivität mehr. Statt sich solchen Aufgaben zu widmen, erklärten die DDR-Regierenden sich und das Volk pauschal zu "Siegern der Geschichte". Die Folge war ein weitverbreiteter Mangel an Urteils- und Aktionsfähigkeit jenseitig dem Bild vom deutschen Nationalsozialismus gegenüber, das Angehörige der älteren Generation, westliche Medien und die Neonazis vermittelten. Auch Revanchismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stießen in großen Bevölkerungskreisen auf mangelnde politisch-ideologische Immunität.

3. Gleichzeitig mit dem Antifaschismus, dem Sozialismus und der Demokratie verkam der Internationalismus zu Formalkram und erzwungenem Spalierstehen. Vor allem Angehörigen der jungen Generation blieben große Teile der Welt verschlossen. Im Innern sorgte stalinistische "Wachsamkeit" für eine strikte Abschottung von Angehörigen der Sowjetstreitkräfte und jenen ausländischen Bürgern, die als Arbeitskräfte oder Auszubildende in die DDR kamen. Antisowjetismus und Polenfeindlichkeit wurden von der Partei- und Staatsführung wiederholt selbst praktiziert. Andererseits bestritt diese in der nationalen Frage den Fortbestand der deutschen Nation. Zugleich versuchte sie, unter der Parole vom "Sozialismus in den Farben der DDR" einen eigenständigen Nationalismus hervorzurufen. In den achtziger Jahren paßte sich die Führung, besonders nach dem von Strauß vermittelten 1-Mrd.-DM-Kredit, hochgradig den bundesdeutschen politischen Bedürfnissen an. Seinen Ausdruck fand dies u. a. darin, daß Auseinandersetzungen mit reaktionären Erscheinungen auf westdeutschem Boden bisweilen ausblieben und ganz der gegnerischen Propaganda das Feld überlassen wurde. Bei gleichzeitiger strikter Abgrenzung von der UdSSR der Perestroika ermunterte die offizielle DDR-Politik derart jene, die in der BRD den besseren deutschen Staat sahen und Antipathie gegen alles Nichtdeutsche hegten. Schon zu Honeckers Regierungszeit wurde so in mancher Hinsicht der Boden für den heutigen Rechtsruck und für die Unterwürfigkeit vieler ehemaliger DDR-Bürger gegenüber westdeutschen Kolonialherren vorbereitet.



4. Extrem rechten Kräften kam auch manch moralisierender Appell der DDR-Führung an ihr Volk, so der zu höherer Arbeitsmoral und höheren Arbeitsleistungen, zugute. Einerseits fordern auch Rechtsextreme Sauberkeit, ein "anständiges Aussehen", Pflichtbewußtsein, "deutsche Wertarbeit" und "soldatische Tugenden". Viele von ihnen haben sich als gute Arbeiter, Polizei- und NVA-Angehörige bewähren und tarnen, haben das Wohlwollen ihrer Vorgesetzten, das Vertrauen ihrer Kameraden erringen können. Andererseits schufen der häufige Unterschied zwischen Wort und Tat der Politbürokraten, die Heuchelei der DDR-Propaganda, geduldete Schlamperci am Arbeitsplatz sowie Desorganisation und mangelhafte Versorgung fortwährend Anlässe zur Unzufriedenheit mit dem Regime, die die Rechtsextremen für sich ausbeuten konnten. Sachliche Kritik stieß auf autoritäre Reaktionen. Überwiegend junge Menschen antworteten hierauf auch dadurch, daß sie sich auf neue, rechtsextreme Autoritäten orientierten.

5. Das Verhältnis zwischen dem Rechtsextremismus in der DDR einesteils, dem Staat und dessen Exekutivorganen anderenteils war widersprüchlich. Lange vor der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren, die überwiegend als Zeitpunkt des ersten Auftretens extrem reaktionärer Kräfte genannt wird,<sup>1</sup> verübten diese Elemente bereits Gewalttaten. Um des unbefleckten antifaschistischen Firmenschildes willen war aber der Staat - zunächst jahrelang erfolgreich - darum bemüht, nichts dergleichen an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Mit dieser Taktik verhinderte er die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung und antifaschistische Gegenwehr und half letztlich den Rechtsextremen, sich illegal weiter auszubreiten. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden diese aber in einem Ausmaß aktiv, daß bloßes Totschweigen nicht mehr möglich war. Vor allem der Überfall rechter Skinheads am 17. Oktober 1987 auf Teilnehmer eines Punkkonzertes in der Berliner Zionskirche wirkte alarmierend.<sup>2</sup> Zwar wurden hierauf prügelnde Neonazis von Staats wegen zu "Rowdies", als zu quasi unpolitischen Gewalttätern, erklärt. Doch sah sich die Justiz unter antifaschistischem Druck veranlaßt, härtere Urteile als geplant zu fällen. Die rechte Skinheadszene wurde zeitweise intensiver überwacht. Allerdings empfanden die zuständigen Sicherheitsorgane Neonazis nicht als ernstliche Gegner des sogenannten Arbeiter-und-Bauern-Staates. Die Skinheads brauchten sich nur die Haare wachsen zu

---

1. Gegen diese Version zutreffend N. Madloch vor der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS. Vgl. Junge Welt, 10.6.1991.

2. Vor dem Überfall wurden Warnungen von Antifaschisten vor einer Zuspitzung der Lage um die Zionskirche ungeprüft ad acta gelegt. Danach unternahm die Staatssicherheit nochmals - wenngleich vergebens - den Versuch, ein Bekanntwerden der skandalösen Vorgänge vom 17.10.1987 zu verhindern.

lassen, "ordentlich" ausschende Faschos zu werden und auf allzu provokante Aktionen zu verzichten, um bei fortwauernder Überwachung durch die Staatssicherheit ungeschoren zu bleiben. Als die Politbürokratie endgültig Verfechter demokratischer Reformen und einer Perestroika in der DDR zu Hauptfeinden auserkor, wurden Rechtsextreme für sie zeitweilig zu Verbündeten. Gleichmaßen wie Polizei und Geheimdienst gingen diese gegen Bürgerrechtler und andere linke "Störenfriede" vor. Schon in vorangegangener Zeit war sporadisch da und dort eine Unterwanderung von Polizei- und Armeeeinheiten durch Rechtskräfte erkennbar gewesen. Bei den Zusammenstößen um den 7. Oktober 1989 wurden auch Provokateure im schwarzen Dreß aktiv, die sich im Bedarfsfall als MfS-Mitarbeiter ausweisen konnten. In den Haftanstalten und einigen Polizeirevierern drangsalierten faschistoid gesinnte VP-Angehörige zugeführte Demonstranten und Passanten.<sup>1</sup> Die Verantwortlichkeiten sind nie geklärt worden. Gleich dem verflrossenen DDR-Regime ist auch das bundesdeutsche nicht daran interessiert.

6. Bis zur Maueröffnung am 9. November 1989 hielt sich die rechtsextreme Szene der DDR zwar an westliche Vorbilder und hatte teilweise auch auf Umwegen zu BRD-Neonazis Kontakt. Doch entwickelte sich die Szene gleichwohl eigenständig. Nach Öffnung der Grenze machten sich bundesdeutsche Rechtsextreme auf den Weg, um Gleichgesinnte in der DDR anzuwerben und nach eigenem Muster zu organisieren. Auch hier wuchs und wucherte zusammen, was zusammengehört. Zwar wurden - mitunter aus Tarnungsgründen - z. T. neue Organisationsnamen gewählt, begehrten bisweilen rechte Osis gegen allzu befehlssüchtige rechte Wessis auf. Doch setzten in der Regel die stärkeren, im Kampf gegen die bürgerliche parlamentarische Demokratie erfahreneren Westdeutschen ihren Standpunkt durch.

7. Die ersten Früchte überstürzter Anschlußpolitik wurden den Bonner Koalitionsparteien und deren Helfern in der DDR zuteil. Bei den Landtags- und Bundestagswahlen im Oktober bzw. Dezember 1990 erzielten Republikaner, NPD und rechtsextreme Splittergruppen mit Stimmenanteilen von 0,89 und 1,8 Prozent nur sehr bescheidene Resultate. Mittelfristig sind die Aussichten dieser Kräfte in Ostdeutschland günstiger. Ihr Sympathisantenfeld übertrifft an Stärke die Zahl der Organisierten bei weitem. Ungachtet jahrzehntelanger Erziehung im sogenannten Geist des Marxismus-Leninismus, von Antifaschismus, Internationalismus und Völkerfreundschaft sprachen sich nach Umfrageergebnis-

---

1. Hierzu Gedächtnisprotokoll. Tage und Nächte nach dem 7. Oktober 1989 (Hrsg. Evangelische Jugendarbeit. Stadtjugendpfarramt Berlin, Kontakttelephongruppe). O. O. O. J. (Berlin 1989); Und diese verdammte Ohnmacht. Report der unabhängigen Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7./8. Oktober in Berlin. Berlin 1991.

sen von 1990 u. a. bis neun Prozent der ehemaligen DDR-Bürger gegen eine endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und sechs Prozent gegen das Verbot rechtsextremer Organisationen aus. 13 Prozent hegen Vorbehalte gegen in Deutschland arbeitende Ausländer. 41 Prozent sind dagegen, daß der Arbeitsmarkt für Nichtdeutsche offen bleibt, davon 83,4 Prozent aus Arbeitsplatzgründen und 10,1 Prozent deshalb, weil ihnen die fremde Lebensart nicht paßt.<sup>1</sup> Die Überfälle auf Vietnamesen, Mocambiquaner, Ost- und Südosteuropäer sowie auf Deutsche anderer Hautfarbe häufen sich. Mehrere hatten bereits tödlichen Ausgang. Die Lage von Ausländern in der Ex-DDR ist wesentlich schlimmer als die in der früheren Bundesrepublik. Zugleich häufen sich die - vorerst noch verbalen - Attacken gegen sowjetische Juden, die aus Furcht vor Pogromen ihr Land verlassen haben. Ausländern, Fremden und Andersartigen wird erneut eine Sündenbockfunktion für den massenhaften sozialen Abstieg zuteil, der sich gegenwärtig in der Ex-DDR vollzieht. Angriffe gegen diese Menschen finden oftmals Sympathie bei großen Teilen der Bevölkerung. Dresdner Bürger zollten den selbsternannten neonazistischen Hilfssheriffs dafür Beifall, daß sie jugoslawische Hütchenspieler vom Platz prügeln. Einem gleichzeitigen Feldzug brauner Banden gegen Bordelle in Elbflorenz stimmten sogar Jugendliche zu, die sich als linksstehend empfinden.

8. Die durch Bonn und Treuhand verursachte Krise im Anschlußgebiet erhöht die Chance der Rechtsextremen. Der Kahlschlag hat inzwischen große Teile der Industrie und Landwirtschaft, des kulturellen, wissenschaftlichen und medizinischen Bereichs sowie der Medienlandschaft verödet. Das entstandene Arbeitslosenheer umfaßt selbst nach offiziellen, also geschönten Angaben über eine Million Menschen. Durch die Betroffenen von Kurzarbeit bei null Stunden, Vorruhestand, rein formalen Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist es tatsächlich mehrere Millionen größer. Zum Jahresende und im Winter 1991/92 steht ein weiterer beträchtlicher Anstieg bevor. Gleichzeitig belasten große Miet- und Tariferhöhungen, ein gesteigerter Inflationstrend und z. T. auch wachsende Steuern die Bevölkerung der früheren DDR mehr denn je. Hunderttausende werden unter die Armutsgrenze gedrückt. Wie die großen gehen auch mittelständische Betriebe, denen zuvor ein rascher Aufschwung prophezeit worden war, reihenweise kaputt. Neben älteren verlieren viele junge Menschen Perspektive und Lebensmut. Der kolossale wirtschaftlich-soziale Abbau, der in seinen Ausmaßen über die Wirkungen der Krise ab 1929/30 weit hinausreicht, wird zunehmend als Disziplinierungsinstrument gegen die noch Arbeitenden genutzt. Dabei verhöhnern Sieger die Besiegten. Sprüche wie: Die Osis wollen nicht arbei-

---

1. Zit. nach Heinz Engelstädter: Der Aufbruch neonazistischer Gruppen... A.a.O., S. 101 f.

ten, sie müssen erst mal arbeiten lernen, rufen bei Letzteren Verbitterung hervor. Die extrem ungleichen Löhne und Gehälter in West und Ost führen zu Protestaktionen. Fachleute aus der Ex-DDR sehen sich häufig inkompetenten Westbürokraten ausgeliefert, die für ihre mehr als fragwürdige Mühe hohe Gehaltszuschläge einstreichen. Auch das schafft böses Blut. Immer mehr Ostdeutsche empfinden sich, wie Wolfgang Ullmann formulierte, als "entmündigte Verfügungsmasse bundesrepublikanischer Politikplanung".<sup>1</sup> Zugleich eskalieren Kriminalität und Gaunereien, gegen die sich ehemalige DDR-Bürger mangels Erfahrung mit westlichen Ganoven schwer zu wehren wissen. Der gegenwärtige und weiter abzuschende Gesamtzustand ruft Verzweiflung, Haß und blinde Wut hervor – nicht zuletzt bei vielen früheren Angehörigen von Armee und Staatssicherheit, die mit ihren Familien pauschal gesellschaftlich ausgegrenzt wurden. Die Mehrheit der Menschen resigniert, weil "doch alles keinen Zweck" habe. Eine Minderheit ehemaliger DDR-Bürger orientiert sich nach links. Bei anderen wächst die Hoffnung auf einen rechten Messias und dessen ordnende Hand, die alles wenden könnte.

9. Die Krise im Osten dürfte sich bei Wahlen demnächst gegen CDU und CSU, später wohl auch gegen die SPD auswirken. Gefährlich wird die Lage in dem Augenblick, da folgende Umstände voll zum Tragen kommen:

a) Die Tatsache, daß beim Wirbelsturm raschen Anschlusses zwar alles Vorwärtsweisende weggefegt, Rückständiges aber sorgsam bewahrt wurde. Erhalten blieben autoritäre Schemata, Untertanengeist und die angedrillte Unfähigkeit vieler Bürger, selbständig zu denken und demokratisch zu handeln. All das wurde vom Westen her noch bestärkt. Damit fehlen wesentliche Voraussetzungen, sich gegen obrigkeitliche Willkür ernstlich zu wehren.

b) Als Folge ihrer internationalen und nationalen Niederlagen ist die Linke im Land verwirrt und zersplittert. Sie vermag derzeit keinen wirksamen Kampf gegen die "Abwicklung" zu organisieren. Damit ist zugleich der wichtigste Gegner der Rechtsextremen gelähmt. Verliert auch die bürgerlich-parlamentarische Demokratie in den Augen der Massen Sinn und Wert, wird nicht nur wie bisher schon die Zahl der Nichtwähler, sondern nun auch die der Rechtswähler und der Mitglieder reaktionärer Organisationen steigen. An die Stelle ihnen vertrauter Nischen treten für ehemalige DDR-Bürger neue, rechte Gemeinschaften. Der Glaube an die Wunderkraft des Westens wird durch den an die deutsche Nation ersetzt.

10. Beim Zerfall des einstmals stalinistisch beherrschten Imperiums in Eurasien wurden millionenfache Verbrechen der ehemaligen Machthaber gegen die eigenen Völker aufge-

---

1. Berliner Zeitung, 21.8.1991.

deckt. Marxismus, Kommunismus und Sozialismus werden hierdurch diskreditiert, obwohl sie selbst den Stalinbürokraten zum Opfer fielen. Gleichzeitig erhöhte sich der Wert des siegreichen Kapitalismus. Das wiedervereinigte Deutschland stieg endgültig zur Großmacht auf. Es profitiert mittelbar auch daraus, daß seine Hauptverbündeten an internationalem Einfluß verlieren. Mit Deutschlands Größe wachsen seine Ansprüche. Schon jetzt wird offiziell die Übernahme von "mehr Verantwortung" in der Welt verlangt. Inoffiziell, aber vom Staat toleriert, drängen die Vertriebenenverbände und rechtsextreme Parteien auf neue, zunächst verdeckt zu realisierende Ostexpansion. Der ökonomisch-soziale Zusammenbruch Polens hat dazu geführt, daß sich viele dort nach deutscher Kapitalhilfe, bisweilen selbst nach deutschen Siedlern sehnen, die tüchtig genug wären, die Lage zu wenden. Deutschstämmige in Polen haben sich mit bundesdeutscher Hilfe stramm rechts organisiert. Westlich der Oder-Neiße-Linie drangsaliieren inzwischen Neonazis polnische Besucher. Der gleiche Nationalismus, der vormals sozialistisch genannte Staaten im Osten unterminiert und zerstört, stärkt in Deutschland imperialistische Positionen. Rechtsextreme Kräfte zählen auch in diesem Falle zu den Nutznießern.

11. Exekutive und Justiz haben schon unter den letzten DDR-Regierungen der äußersten Reaktion gegenüber versagt. Verfassungs- und Gesetzesbrüche blieben ungeahndet. Während sich die Rechtsextremen nahezu ungehindert ausbreiten konnten, wurden Antifaschisten wiederholt von Staats wegen attackiert. Dieser Trend hat sich nach dem Anschluß an die BRD verstärkt. Riesenaufgebote an Polizei und Grenzschutz stürmten von Linken besetzte Häuser in der Mainzer Straße in Ostberlin und terrorisierten Demonstranten gegen Kohl. Andererseits schützten sie mehrfach Neonazis. In vielen Städten der Ex-DDR ist heute der Polizeiapparat durch Abgänge und Entlassungen derart ausgedünnt, daß die Auskunft, zum jeweiligen Überfallort der Rechtsextremen habe man mangels Masse nicht rechtzeitig kommen können, in makabrer Weise an Glaubwürdigkeit gewinnt. Die Verantwortlichen in der Obrigkeit müßten haftbar gemacht werden. Das aber erscheint im erweiterten deutschen Rechtsstaat genauso wenig möglich, wie es das im vergangenen "Unrechtsstaat" deutscher Zunge war. Die Vorstellung von Sicherheitspartnerschaft wurde mindestens in Dresden dahingehend deformiert, daß Polizisten und Neonazis zusammenarbeiten.<sup>1</sup>

---

1. Am 25. Juni 1991 berichtete das Fernsehmagazin Report, große Teile der sächsischen Landespolizei sympathisierten - vor allem im Dresdner Raum - mit rechtsextremen Organisationen in Ostdeutschland. Einige Polizisten arbeiteten im engsten Führungskader oder als Helfer des Neonaziführers Rainer Sonntag mit. Andere unterstützten die Aktionen Rechtsextremer durch Passivität.

12. Zum Abschluß sei nochmals betont: Rechtsextremismus ist in Ostdeutschland zu DDR-Zeiten und auf DDR-Basis entstanden. In ihrem Denken knüpften junge Menschen an Vorstellungen von Angehörigen älterer Generationen, besonders der Großmütter und Großväter, an. Diese Vorstellungen wurden mangels offener Auseinandersetzung weder widerlegt noch überwunden. Durch westliche Medien und Kontakte mit BRD-Neonazis wurde das entsprechende Denken in bestimmtem Umfang bestärkt. Den Hauptanteil daran jedoch, daß sich reaktionäre Gesinnungen festigen und ausbreiten konnten, hatte das stalinistische Herrschaftssystem. Einerseits war es selber antidemokratisch und autoritär und gab entsprechende Leitbilder als verbindlich vor. Andererseits provozierte es durch Repressionen eine gleichermaßen autoritäre rechtsextreme Gegenwehr. Die Öffnung der Grenze durch die SED-Führung und der Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus ermöglichten es Neonazis und anderen Reaktionären aus der BRD, auch im Osten Deutschlands Anhänger zu werben und sich flächendeckend zu organisieren. Ihre Gesinnungsgenossen im Osten sind häufig aggressiver und brutaler als die westlichen. Sie nehmen auch in größerer Zahl an braunen Kundgebungen und Ritualen – so Wallfahrten zum Grab von Rudolf Heß in Wunsiedel oder entsprechenden Ersatzveranstaltungen – teil. Ein genereller Rechtsruck im Denken vieler DDR-Bürger, den manche bürgerlichen Medien fördern, trägt zur Vergrößerung des Sympathisanten- und Rekrutierungsfeldes der äußersten Rechten bei. Massenarbeitslosigkeit, enorme Abgaben- und Tarifsteigerungen und zunehmende Verelendung, die Steuerlüge Kohls und weitere Versprechensbrüche der Koalition häufen sozialen Sprengstoff an und diskreditieren gleichzeitig den bürgerlichen Parlamentarismus. Die Schwäche und Zersplitterung behindert in erheblichem Maße den Abwehrkampf gegen rechts. Die Exekutive kommt ihrer Aufgabe, rechtsextreme Gewalttaten zu verfolgen und aufzuklären, bestenfalls mangelhaft nach. Ihre Passivität – bei gleichzeitig wachsender Aktivität im Kampf gegen die Linke – offenbart ein zunehmendes Interesse von Teilen der herrschenden Klasse an Erhalt und Ausbau der rechtsextremen Strömung. Die wachsende Macht der größer gewordenen BRD hat verstärkten Nationalismus und Expansionsdrang zur Folge. Interner Richtungskämpfe und Führer-Rivalitäten ungeachtet vergrößert die extreme Rechte ihren Einfluß. Bei weiterem raschem Anstieg der politisch herbeigeführten ökonomisch-sozialen Krise im Osten und deren möglichem Übergreifen auf Westdeutschland könnten Neofaschismus und Rechtsextremismus bald gefährliche Ausmaße erreichen. Diese werden um so größer sein, als die Masse der Bevölkerung am dringend erforderlichen Abwehrkampf aus Resignation nicht teilnehmen dürfte.

RECHTSEXTREMISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT  
UNTER JUGENDLICHEN  
IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

von Wilfried Schubarth\*

Erscheinungen von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit erleben gegenwärtig in ganz Deutschland Hochkonjunktur. Es ist zu befürchten, daß dies nicht nur ein vorübergehender, sondern ein Dauerzustand sein wird, der die Demokratie in Deutschland vor neuartige und große Herausforderungen stellt.

Angesichts der zunehmenden Aktionen gegen Ausländer und Aufmärschen von Neonazis in den neuen Bundesländern werden viele Fragen aufgeworfen: Woher kommt dieser Rechtsextremismus in einem Land, das sich selbst als konsequent antifaschistisch bezeichnete? Ist er ein Produkt der Wende oder gab es das schon vorher? Welches Ausmaß hat das extrem rechte Potential? Stellt es gar eine Gefahr für die Demokratie dar?

Diesen und ähnlichen Fragen will der vorliegende Beitrag nachgehen.

### 1. Empirische Befunde vor der Wende

Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland, einschließlich seiner Entstehung und Entfaltungsbedingungen, liegen bisher nur wenige fundierte Ergebnisse vor. Als weitgehend gesichert gilt jedoch, daß sich Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre im Zusammenhang mit dem Skinhead-Phänomen eine rechte Jugendszene herausbildete, die sich ab Mitte der 80er Jahre zunehmend politisierte. Diese jungen Leute waren keine "verirrten Geister" oder "Importe" aus dem Westen, wie die offizielle Propaganda weismachen wollte, sondern in der Regel normale Jugendliche, die mit ihrem Leben in der DDR-Gesellschaft nicht mehr zurechtkamen, die z.B. die Verlogenheit, Normiertheit und Enge nicht länger ertragen konnten und aus ihr ausbrechen wollten. Dazu bedienten sie sich

---

\* Dr. Wilfried Schubarth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut München, Außenstelle Leipzig, und hat sich in der letzten Zeit speziell mit Forschungen zum Rechtsextremismus unter Jugendlichen beschäftigt und dazu Forschungsberichte vorgelegt bzw. publiziert.

häufig neonazistischer Parolen und Symbole, da diese in der DDR von besonders hohem Provokationswert waren.

Eine erste größere empirische Untersuchung zu Skinheads im Jahre 1988 – vorher war das Thema tabu – ergab, daß sich 2 Prozent der DDR-Jugendlichen zu den Skinheads zählten und 4 Prozent zu deren Sympathisanten. Rund 30 Prozent gaben damals Verständnis für die Skins an<sup>1</sup>.

Im gleichen Jahr – also noch rund ein Jahr vor der Wende im Herbst 1989 – erbrachte eine Untersuchung zum Geschichtsbewußtsein unter DDR-Jugendlichen, daß von einem bestimmten Teil von ihnen, insbesondere von Lehrlingen und Schülern, verharmlosende und relativierende Sichtweisen auf die Zeit des Nationalsozialismus vertreten wurden. Auch tendenziell nationalistische Orientierungen waren bei einem Teil der Jugendlichen (10–15 Prozent) nachweisbar<sup>2</sup>. Rechtsextreme Orientierungen unter Jugendlichen gab es also schon in der DDR, wenngleich sie in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden.

## 2. Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit nach der Wende

Wie eine Wiederholungsuntersuchung von Mitte 1990, ein dreiviertel Jahr nach der Wende, ergab, haben insbesondere nationalistische Orientierungen unter ostdeutschen Jugendlichen zugenommen. Mehrere empirische Studien, u.a. auch deutsch-deutsche Vergleichsuntersuchungen, konstatierten ein beträchtliches Aversionspotential gegenüber Ausländern und eine relativ starke Verbreitung autoritär-nationalistischer Sichtweisen.

Zugleich bestätigten sie: Intolerante, ausländerfeindliche, autoritäre und nationalistische Einstellungen sind unter ostdeutschen Jugendlichen häufiger zu finden als unter westdeutschen, was sowohl auf Unterschiede in der Sozialisation als auch auf divergierende aktuelle Lebenslagen u.a. durch unterschiedliches Betroffensein von den Folgen der deutschen Einheit zurückzuführen ist.

Ein differenziertes Bild über das Ausmaß von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern liefert eine Studie des Zentral-

---

1. Die genannte Untersuchung wurde 1988 vom Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig unter etwa 3.000 Jugendlichen durchgeführt (Forschungsleiter W. Brück).

2. Vgl. W. Schubarth/R. Pschierer/Th. Schmidt: Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 9/1991.



instituts für Jugendforschung Leipzig von Ende 1990.<sup>1</sup> Ein besonderer Schwerpunkt der Studie war die Erforschung des Verhältnisses der jungen Ostdeutschen zu Ausländern. Schon Ende 1990 zeigte sich, daß die Intoleranz gegenüber Ausländern erschreckend hoch ist (Vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Bewertung der Zahl der Ausländer in Ostdeutschland

"Was würden Sie generell zu der Anzahl der Ausländer in ostdeutschen Ländern sagen?"

- 1 Es sind viele.
- 2 Es sind viele, aber nicht zu viele.
- 3 Es sind nicht viele.
- 4 Jeder Ausländer ist einer zu viel.

	1	2	3	4
Gesamtgruppe	37	45	6	12
Schüler	34	48	7	11
Lehrlinge	50	28	2	20
Studenten	29	61	9	2
junge Erwerbstätige	31	55	9	2

Etwa die Hälfte der Jugendlichen meinte Ende 1990, daß es in Ostdeutschland zu viele Ausländer gäbe (bei einem Ausländeranteil von rund 1 Prozent!). Jeder zehnte Schüler und sogar jeder fünfte Lehrling vertrat gar die Auffassung, daß jeder Ausländer einer zu viel sei. Das ist ein enormes ausländerfeindliches Potential.

Die größten Unterschiede gibt es dabei hinsichtlich der sozialen Gruppen, dem politischen Standort, dem Bildungsgrad der Eltern und dem Geschlecht.

1. Hierbei handelt es sich um eine Untersuchung unter rund 2.800 Jugendlichen - Schüler, Lehrlinge, Studenten, junge Erwerbstätige - im Freistaat Sachsen (Forschungsleiter W. Schubarth).

Die Anhänger sozialistisch-kommunistischer sowie grün-alternativer politischer Anschauungen sehen mit Abstand am wenigsten, die der republikanischen Ideologie dagegen fast ausnahmslos zu viele Ausländer im Lande. Auch Sympathisanten von Skins (87 Prozent), Faschos (88 Prozent) und Hooligans (94 Prozent) urteilen ähnlich wie die Anhänger der Republikaner, für etwa 45-55 Prozent von ihnen ist jeder Ausländer einer zu viel. Schüler der 7. und 8. Klasse sind vorsichtiger in ihrem Urteil (40-45 Prozent wählen die Antwortpositionen 1 und 4), Schüler der 9. und 10. Klasse betonen dagegen zu etwa 60 Prozent, daß es zu viele Ausländer gibt, davon sind 15 Prozent für Antwortposition 4. Offenbar setzt zwischen der 8. und 9. Klasse ein deutlicher Meinungswandel im Sinne radikaler Bewertungen ein.

Charakteristische Unterschiede treten zwischen den Geschlechtern auf. Männliche Jugendliche meinen zu etwa 10 Prozent häufiger als weibliche, daß es zu viele Ausländer gäbe. Deutliche Unterschiede existieren auch in Abhängigkeit vom Bildungsgrad der Eltern. Kinder, deren Eltern einen Fachschul- oder Hochschulabschluß haben, urteilen weitaus zurückhaltender (bis zu 20 Prozent) als die, deren Eltern einen niedrigeren Bildungsabschluß besitzen.

Eine intolerante Haltung gegenüber Ausländern mündet nicht automatisch in Gewalt gegen Ausländer. Auch der Anteil derer, die gewalttätige Aktionen gegen Ausländer befürworten, ist weit geringer, betrug jedoch Ende 1990 immerhin 5 Prozent, bei Lehrlingen sogar 10 Prozent (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Verhalten bei Aggressionen gegen Ausländer

---

"Wie würden Sie reagieren, wenn Deutsche vor Ihren Augen grundlos Ausländer angreifen würden?"

- 1 Das fände ich gut.
- 2 Ich würde mich schnellstens von einem solchen Ort entfernen. Damit will ich nichts zu tun haben.
- 3 Ich lehne das ab, würde aber nicht eingreifen.
- 4 Ich würde die Polizei oder andere Sicherheitskräfte informieren.
- 5 Ich würde selbst eingreifen, die Ausländer verteidigen.

	1	2	3	4	5
Gesamtgruppe	5	21	37	32	5
Schüler	3	20	34	37	6
Lehrlinge	10	25	44	17	4
Abiturienten	3	6	44	40	7

Auch wenn nur 5 Prozent aller befragten Jugendlichen willkürliche Aggressionen gegen Ausländer befürworteten und 21 Prozent damit nichts zu tun haben wollten, darf doch nicht überschen werden, daß nur etwa jeder Dritte etwas dagegen unternehmen würde. Wie auch die Ereignisse in Hoyerswerda und anderswo zeigten, ist aktive Hilfsbereitschaft in ungenügendem Maße vorhanden.

Die Studie ermittelte weiterhin, daß die Kenntnisse ostdeutscher Jugendlicher über Alltagsprobleme von Ausländern insgesamt unzureichend sind. Nur weniger als ein Viertel hielt sich für gut informiert, dagegen hatte über ein Drittel nur ungenügende bzw. keine Kenntnisse darüber. Ihre Informationen zu Ausländerproblemen erhalten Jugendliche in erster Linie über Gespräche im Freundes- und Bekanntenkreis sowie in der Familie. Auch Beiträge in den Medien sind wesentliche Meinungsbildner und vermitteln Sachkenntnis dazu. Recht gering ist der Einfluß von Lehrern und Ausbildern in dieser Frage. Nur ein kleiner Teil der Jugendlichen erwirbt seine Informationen im direkten Kontakt mit Ausländern.

Die persönlichen Erfahrungen im Umgang mit Ausländern sind sehr unterschiedlich. Während etwa je ein Fünftel über vorwiegend positive bzw. negative Erfahrungen verfügt, haben zwei Fünftel gute und schlechte Erfahrungen zugleich gesammelt. Es dominieren hier vor allem die negativen Eindrücke durch Straßenhändler und die Auffassung, Ausländer würden auf Kosten der Deutschen leben und zu Gewalt neigen. Die Mehrheit der Jugendlichen sah keine ernsthaften Probleme im allgemeinen, unverbindlichen Umgang mit Ausländern, während engere, etwa familiäre, Kontakte deutlich weniger erwünscht sind.

Rechtsextremismus als eine politische Mentalität - basierend vor allem auf Ideologien der Ungleichheit - umfaßt neben fremdenfeindlichen Einstellungsmustern noch andere Ideologiefragmente, z.B. nationalistische, autoritäre, antisemitische und antikommunistische Orientierungen. Wie stark solche Einstellungsmuster unter Jugendlichen in den neuen

Bundesländern verbreitet sind, zeigt sich u.a. in der Befürwortung rechtsradikaler Parolen (vgl. dazu Tab. 3).

Tab. 3: Haltung zu rechtsradikalen Forderungen

"Inwieweit entsprechen solche gelegentlich vertretenen Losungen/Parolen Ihrer eigenen Meinung?"

Das entspricht meiner Meinung

1	vollkommen
2	
3	
4	
5	überhaupt nicht.

Anteil derer, die zustimmen  
(Pos. 1 und 2)

	Schüler	Lehrlinge	Abiturienten
"Deutschland den Deutschen!"	44	67	20
"Rote raus!"	40	61	14
"Ausländer raus!"	23	46	12
"Deutschland in den Grenzen von 1937!"	12	18	3
"Die Juden sind Deutschlands Unglück!"	9	17	2

Als die am stärksten differenzierenden Variablen erweisen sich die Zugehörigkeit zu den verschiedenen sozialen Gruppen, das Bildungsniveau, das Geschlecht und der politische Standort. Gewissen Einfluß auf die Ausprägung des rechtsextremen Einstellungspotentials haben auch der Erziehungsstil im Elternhaus und die gegenwärtigen Lebensbefindlichkeiten der Jugendlichen. Dabei sind folgende Zusammenhänge nachweisbar:

- Von Schülern und vor allem von Lehrlingen wurden rechtsextreme Auffassungen viel stärker vertreten als von Studenten und Abiturienten.
- Männliche Jugendliche neigen deutlich stärker zu rechtsextremen Positionen als weibliche.
- Mit höherem Bildungsgrad nehmen liberale Einstellungen zu.

- Religiöse Jugendliche sind meist etwas toleranter eingestellt.
- Je mehr sich junge Menschen dem rechten politischen Spektrum zurechnen, desto mehr vertreten sie autoritäre, nationalistische und fremdenfeindliche Auffassungen.
- Bei Mitgliedern und Sympathisanten der Repts, Skins, Faschos und Hooligans ist das autoritär-nationalistische Einstellungssyndrom am stärksten ausgeprägt.
- Jugendliche, die Ausländern gegenüber intolerant sind, vertreten auch insgesamt stärker rechtsextreme Auffassungen.
- Bei Jugendlichen aus einem Elternhaus mit autoritärem Erziehungsstil sind rechtsextreme Orientierungen häufiger nachweisbar.
- Jugendliche, die sich vom alten System stark betrogen fühlen, neigen eher zu rechtsextremen Positionen als Jugendliche, die sich weniger betrogen fühlen.

Einige der genannten Zusammenhänge sollen am Beispiel der Forderung "Ausländer raus" exemplarisch demonstriert werden. Dieser Forderung wird zugestimmt (Position 1 und 2) von

- 36 Prozent der männlichen und 20 Prozent der weiblichen Jugendlichen,
- 34 Prozent der atheistischen und 23 Prozent der religiösen Jugendlichen,
- von 8 Prozent der sozialistisch-kommunistisch orientierten, 11 Prozent der grün-alternativ, 26 Prozent der sozialdemokratisch und liberal, 28 Prozent der christlich-demokratisch und 92 Prozent der republikanisch orientierten Jugendlichen,
- von 44 Prozent der Jugendlichen, die sich vom SED-Staat stark betrogen fühlen und von 24 Prozent der sich weniger betrogen fühlenden,
- von 37 Prozent der aus einem autoritären und 27 Prozent der aus einem weniger autoritären Elternhaus stammenden Jugendlichen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Studie war die Ermittlung der bestehenden Affinität ostdeutscher Jugendlicher zu rechtsextremen Parteien und Organisationen und der Gründe hierfür.

Auch wenn der Anteil Jugendlicher unter den Mitgliedern rechtsextremer Organisationen relativ gering ist, darf dies nicht über das unter der ostdeutschen Jugend anzutreffende beträchtliche Sympathiepotential für solche Gruppierungen und insbesondere für die Republikaner hinwegtäuschen. Im einzelnen wurden folgende Ergebnisse ermittelt:

- 3 Prozent der Lehrlinge und 1 Prozent der Schüler rechnen sich zu den Republikanern. In bezug auf Skinheads, Faschos und Hooligans beträgt der Anteil bei Lehrlingen jeweils 2 Prozent und bei Schülern jeweils 1 Prozent.

- Rechtsextreme Gruppierungen sind eindeutig eine Domäne männlicher Jugendlicher. So stehen 15 Prozent männlichen Sympathisanten der Republikaner 6 Prozent weibliche gegenüber, bei den Sympathisanten für die Skinheads beträgt das Verhältnis 7 zu 4 Prozent.
- Auf die Frage, welcher politischen Richtung sie sich am meisten verbunden fühlen, nennen 10 Prozent der Lehrlinge und 4 Prozent der Schüler die Republikaner.

Etwas niedriger ist der Anteil derer, die sich zu anderen rechtsextremen Parteien und Organisationen hingezogen fühlen. Neben den Republikanern verfügt die NPD über die größte Resonanz, es folgen die DVU und die FAP.

Die Tatsache, daß rechtsextreme Organisationen eine gewisse Anziehungskraft auf Teile der ostdeutschen Jugend ausüben, ist somit unbestritten. Da sich die betreffenden Jugendlichen in der Regel zu mehreren rechtsextremen Gruppierungen hingezogen fühlen, muß man von einem durchschnittlichen Sympathiepotential von 5-10 Prozent ausgehen.

Um rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen wirkungsvoll zurückzudrängen, bedarf es zuallererst der Klarheit darüber, warum sich Jugendliche zu rechtsextremen Gruppierungen hingezogen fühlen. Von besonderem Interesse ist auch, wie die persönlich Betroffenen, d.h. die Anhänger solcher Organisationen, darüber urteilen (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Gründe für die Affinität zu rechtsextremen Gruppierungen

"Inwieweit treffen Ihrer Meinung nach die folgenden Gründe dafür zu, daß sich Jugendliche zu rechtsextremen Gruppen hingezogen fühlen?"

Das trifft zu	1 vollkommen
	2
	3
	4
	5 überhaupt nicht.
	6 Darüber habe ich noch nicht nachgedacht.

Jugendliche fühlen sich zu rechtsextremen Gruppen hingezogen,	Anteil derer, die dem genannten Grund zustimmen (Pos. 1 und 2)	
	Rep-Anhänger	Gesamt
a) weil sie gegen Ausländer sind.	100	77
b) weil sie für ein Großdeutschland in den Grenzen von 1937 sind.	81	53
c) weil sie für alte deutsche Werte eintreten wie Fleiß, Disziplin, Ordnung.	74	29
d) weil sie dort echte Kameradschaft haben.	70	28
e) weil sie gegen die herrschenden Verhältnisse protestieren wollen.	49	44
f) weil sie gewalttätige Auseinander- setzungen suchen.	38	58
g) weil sie Langeweile haben.	17	32

Sowohl für die Anhänger der Republikaner als auch für die Gesamtpopulation sind Ausländerfeindlichkeit und Großdeutschland-Ambitionen die beherrschenden Motive für eine Affinität Jugendlicher zu rechtsextremen Gruppierungen. Dabei sehen die Rep-Anhänger diese Einstellungen als etwas Positives an, wie sie auch auf die "alten deutschen Werte" und die "echte Kameradschaft" in ihrer Organisation stolz sind. Weitgehende Übereinstimmung zwischen beiden Gruppen gibt es bei dem Motiv "Protest gegen die herrschenden Verhältnisse", das für immerhin jeden zweiten Rep-Anhänger eine große Rolle spielt.

Als weitere Motive für die Affinität zu rechtsextremen Organisationen wurden von den Jugendlichen vor allem genannt:

"weil sie Anerkennung suchen und sich nur in der Gruppe stark fühlen", "damit sie einmal die Starken spielen können und Macht über andere haben", "ungenügende Anerkennung in Schule und Freizeit", "Flüchten aus der Realität", "Minderwertigkeitskomplexe ausgleichen", "Frustration über die Verhältnisse in Schule, Elternhaus, Gesellschaft", "familiäre Probleme, haben keinen privaten Halt, sehen keine Zukunft für sich, resignieren", "weil sie arbeitslos sind bzw. keine Ausbildung bekommen", "Leben in Wohnghettos, mangelnde Freizeitangebote", "Protest gegen den SED-Staat", "Demagogie der Rechten", "Sympathie für den Führer Adolf Hitler"...

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang auch die Einschätzung der Partei der Republikaner durch die Jugendlichen. Diese Partei ist in den Augen der überwiegenden Mehrheit der ostdeutschen Jugendlichen in erster Linie eine ausländerfeindliche Partei. Rund die Hälfte hält sie darüber hinaus für eine neue Nazi-Partei und zwei Fünftel für demokratiegefährdend. Nur für eine kleine Minderheit ist sie mit dem Grundgesetz vereinbar, wobei in dieser Frage eine Unsicherheit herrscht.

Im Gegensatz dazu sehen die Anhänger der Republikaner in ihrer Partei nicht nur die ausländerfeindliche Ausrichtung, sondern sie sind davon überzeugt, daß ihre Partei eine gegen soziale Mißstände auftretende, christliche, demokratische und zukunftssträchtige Partei ist.

### 3. Zu Ursachen von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit

Es ist offensichtlich, daß nicht ein alleiniger Faktor als Ursache für die gegenwärtigen Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit angenommen werden kann.

Einsichtige Interpretationen dieser Entwicklungen nur als Folge von 40 Jahren DDR oder als Ergebnis des gesellschaftlichen Umbruchs werden dem komplizierten Ursachengeflecht nicht gerecht. Vielmehr haben wir es mit einer Überlagerung verschiedener Faktorenkomplexe zu tun und damit mit einem Verstärkungs- bzw. Verdopplungseffekt: Jugendliche, die in einem autoritären System sozialisiert wurden, geraten im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Umbruch in eine Extrem- bzw. Krisensituation, bei deren Bewältigung sie auf in der Gesellschaft existierende Ideologiefragmente und Vorurteile als Konfliktlösungsmechanismen zurückgreifen. Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremistische Tendenzen resultieren somit vor allem aus den durch bisherige Sozialisationserfahrungen bedingten Verarbeitungsformen sozialer und psychosozialer Problemlagen.<sup>1</sup>

Die geistig-moralische Erblast der Sozialisation im "real existierenden Sozialismus" ist gewaltig. Erfahrungen mit einem autoritären Staat, mit Intoleranz, Einschüchterung, Repression und Gewalt haben auch die Herausbildung autoritärer, intoleranter und undemokratischer Denk- und Verhaltensweisen bei einem Teil der Jugend gefördert. Besonders

---

1. Vgl. W. Schubarth: Vom Hätschelkind zum Problemkind. Gesellschaftlicher Umbruch und subjektive Verarbeitungsformen bei ostdeutschen Jugendlichen. In: Sozial Extra 7-8/1991.



nachteilig wirken sich dabei die relativ verfestigten und zählebigen dualen Wahrnehmungsmuster (Freund-Feind, schwarz-weiß) aus, die der Entwicklung von Toleranz- und Konfliktfähigkeit diametral entgegenstehen. Dazu trug auch die Verdrängung bzw. einseitige Betrachtung der Geschichte, insbesondere der NS-Zeit bei. Mit dem Wegfall der bisherigen Repression und angesichts der Hilflosigkeit der Gesellschaft, einschließlich der Polizei, können sich Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit stärker entfalten.

In diesem Zusammenhang ist, wie bereits oben erwähnt, näher auf die gegenwärtige Lebensbefindlichkeit junger Menschen in Ostdeutschland einzugehen, wie sie sich anhand unserer Untersuchungsergebnisse darstellt.

Das Lebensgefühl ostdeutscher Jugendlicher ist gekennzeichnet sowohl durch Enttäuschung, Wut und Zorn über das bisherige Leben in der DDR und die enthüllten Mißstände als auch durch große Hoffnungen auf schnellen Wohlstand sowie wachsende Ängste und Sorgen angesichts einer völligen Zukunftsunsicherheit. Weit verbreitet ist vor allem das Gefühl, vom alten System betrogen worden zu sein: durch die Lügen in den Medien, den stagnierenden Lebensstandard, die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, die Stasimachenschaften, den Mißbrauch humanistischer Ideale usw.

In verstärktem Maße fühlen sich die ostdeutschen Jugendlichen mittlerweile auch von den neuen Politikern betrogen, die ihre Versprechungen (noch) nicht eingelöst haben. Die Kluft zwischen ihren großen Erwartungen und den relativ geringen Chancen zu ihrer Verwirklichung wird den Jugendlichen immer deutlicher bewußt, was zu vermehrter Frustration und Aggression führen kann. Unterlegenheits- und Minderwertigkeitsgefühle sowie die Befürchtung, auf abschbare Zeit "Deutscher zweiter Klasse" zu bleiben, werden eher noch verstärkt. Dies alles ist ein idealer Nährboden für Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. Die angestaute Wut und Frustration richtet sich dann gewöhnlich gegen die Schwächeren und diejenigen, denen gegenüber sich die Gesellschaft ambivalent verhält.

Die Ursachen für zunehmende ausländerfeindliche und rechtsextreme Tendenzen sind also auch in der konkreten Lebenslage ostdeutscher Jugendlicher zu suchen, die stark geprägt ist von den Auswirkungen des Zusammenbruchs des alten Systems und dem forcierten Übergang zu einem völlig anderen. Das hohe Tempo und die Radikalität der Veränderungen, die mit dieser Systemtransformation einhergehen und nahezu jeden Lebensbereich betreffen, stellen bisher nicht gekannte Anforderungen an den Einzelnen und führen zu einer massiven Bedrohung des Selbstwertgefühls, was die psychosoziale Belastbarkeit junger Menschen z.T. überfordert. In einer solchen Krisensituation sind Jugendliche besonders anfällig für Ungleichheitsideologien, für den Ruf nach einem starken Führer und die Akzeptanz von Gewalt, womit ihr bedrohtes Selbstwertgefühl auf Kosten

anderer stabilisiert werden soll. Ausländerfeindlichen Stimmungen hat letztlich auch die öffentliche Diskussion in den zurückliegenden Monaten mit Vorschub geleistet.

Darüber hinaus muß der gesellschaftliche Umbruch in Ostdeutschland auch vor dem Hintergrund sozialer Wandlungs- und Modernisierungsprozesse in westlichen Industriegesellschaften gesehen werden. Dabei sind allerdings die negativen Auswirkungen des gegenwärtigen forcierten Übergangs zu einer solchen Risikogesellschaft in Ostdeutschland viel krasser, da sie mit einem plötzlichen Wegfall bisheriger Selbstverständlichkeiten wie garantierter Arbeitsplatz, soziale Sicherheit, zwischenmenschliche Solidarität usw. verbunden sind.

#### 4. Ausblick

Vieles spricht dafür, daß wir in Ostdeutschland erst am Anfang einer Radikalisierung unter Teilen der Jugend stehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn es nicht gelingt, den negativen Auswirkungen sowohl des Zusammenbruchs des alten Systems als auch den unliebsamen Folgen der einsetzenden Modernisierung zu begegnen und für Jugendliche sozial verträglich zu gestalten.

Man kann wohl davon ausgehen, daß sich in den kommenden Jahren in den neuen Bundesländern gravierende gesellschaftliche Veränderungsprozesse mit weitreichenden sozialen Folgen vollziehen werden. Traditionelle Lebensformen und soziokulturelle Milieus werden von Modernisierungsprozessen erfaßt werden, z.T. aufgelöst bzw. in Richtung Individualisierung und Pluralisierung große Veränderungen erfahren. Leistungs-, Mobilitäts- und Flexibilitätsdruck werden dabei ebenso zu dominierenden Alltagserfahrungen Jugendlicher gehören wie Handlungsunsicherheit, Ohnmachtsgefühle, Entfremdung, Entsolidarisierung und Unkalkulierbarkeit der Zukunft. Wenn es nicht gelingt, diesen mit der Ambivalenz des Modernisierungsschubes verbundenen Erscheinungen durch eine weitsichtige und kompetente Jugendpolitik, durch Jugend- und Sozialarbeit etwas entgegenzusetzen, ist es um die Zukunft vieler Jugendlicher in den neuen Bundesländern und darüber hinaus um die politische Kultur in ganz Deutschland nicht gut bestellt. So gibt es bereits vielfältige Aktivitäten rechter Organisationen und Parteien, die Unzufriedenheit vieler Jugendlicher und deren ausländerfeindliches Protestpotential für ihre Zwecke zu nutzen, was zu einer Bedrohung der Demokratie in Deutschland führen könnte.

## NÄCHSTE VERANSTALTUNGEN

Der Vorstand des Vereins informiert hiermit über die nächsten Podiumsdiskussionen. Wir laden Sie dazu sehr herzlich ein und bitten Sie, Interessenten und Sympathisanten unseres Vereins zu informieren und einzuladen.

•

Am 23. November 1991 in der Zeit vom 10.00 bis ca. 14.00 Uhr  
im Gebäude des Landtages Sachsen, Zi. 100  
8012 Dresden, Devrientstr. 4

Thema

Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern

•

Auf Initiative unseres Vereinsmitgliedes Dr. Ivor Nagy, Leipzig, führen wir ein Podiumsgespräch durch zum Thema

Nationalitätenkonflikte in Europa -  
Ursachen und Möglichkeiten zu ihrer friedlichen Lösung

Gesprächspartner werden sein:

Prof. Dr. Lutz-Dieter Behrendt, Leipzig

Dr. Ivor Nagy, Leipzig

Prof. Dr. Walter Poeggel, Leipzig

Die Veranstaltung findet am 30. November 1991 in der Zeit von 10.00 bis ca. 12.30 Uhr in der Rosa-Luxemburg-Str. 19-21, 7010 Leipzig, 2. Etage, kleiner Saal statt.

•

Wie bereits angekündigt, lädt der Vorstand alle Mitglieder und Interessenten zu **Regionaltreffen** des Vereins ein, auf denen wir über unsere zukünftige Arbeit beraten wollen.

Folgende Termine sind dafür festgelegt:

Für die Region Leipzig  
am 11. Dezember 1991, 19.00 Uhr im Vereinshaus  
Seeburgstr. 5-7, 7010 Leipzig

Für die Region Chemnitz  
am 13. Dezember 1991, 19.00 Uhr im KIZ  
Stollberger Str. 38-40, Chemnitz

Für die Region Dresden im Monat Januar 1992  
(den genauen Termin und den Ort werden wir im nächsten Heft mitteilen)

#### INFORMATIONEN DES VORSTANDES

Wir teilen noch einmal die Anschrift der Geschäftsstelle unseres Vereins mit:

Rosa-Luxemburg-Str. 19-21  
O-7010 Leipzig  
Tel.: 64651

Unsere Bankverbindung:

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, Konto-Nr. 308007887, BLZ 86055592.

\*

An unserer Podiumsdiskussion Zum Thema "Antifaschismus in der DDR" am 9. November 1991 in Leipzig nahmen 97 Mitglieder und Interessenten teil. Die Aufforderung zu einer Spende erbrachte einen Beitrag von 154,-DM.

\*

Durch den Vorstand wurden bisher 88 Mitglieder aufgenommen. Auf der Veranstaltung am 9. November stellten 6 Teilnehmer einen Aufnahmeantrag.

•

An der Mitgliederversammlung am 9. November nahmen 44 Vereinsmitglieder teil. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden einstimmig angenommen. Nach der Bestätigung durch das Amtsgericht Leipzig werden wir allen Mitgliedern die gültige Fassung der Satzung zustellen.

•

Der Verein erhielt ein Schreiben der linken österreichischen Wochenzeitung "Salto". Die Zeitung erscheint seit Mai 1991, wird von der kommunistischen Partei Österreichs finanziert und ist redaktionell unabhängig. Ihre Zielstellung ist links, humanistisch, gesellschaftsverändernd.

Die Redaktion teilte uns mit, daß sie die im Mitteilungsheft 1 des Vereins veröffentlichten Thesen von Prof. Dr. Helmut Seidel "Prinzip Hoffnung am Ende?" publizieren wird.

Gleichzeitig wurden wir informiert, daß in der Zeitschrift eine Diskussion "Hat links Zukunft?" begonnen wird. Diese Diskussion soll über einen längeren Zeitraum geführt werden. Es besteht seitens der Redaktion Interesse an Beiträgen von unseren Mitgliedern zu diesem, aber auch zu anderen Themen. (Länge der Beiträge: 180 Manuskriptzeilen a 56 Anschläge; Honorar knapp 2 DM pro Druckzeile = 26 Anschläge.)

Anschrift:

Salto  
ZG - Zeitungsges. m.b.H.  
A - 1070 Wien  
Kaiserstr. 67/1/DG

Tel.: 0222/52166

Fax: 0222/52 166 207

•